

MINISTERIALBLÄTT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

37. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 25. Juni 1984	Nummer 41
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2160	10. 5. 1984	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes	656
26	8. 5. 1984	RdErl. d. Innenministers Ausländerwesen; Amtliche Bescheinigung und Vermerk im AZR gemäß § 2 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge	656
26	8. 5. 1984	RdErl. d. Innenministers Ausländerwesen; Ausführungsanweisung zum Asylverfahrensgesetz – AsylVfG/AA NW –	656
632	9. 5. 1984	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Zahlungsanordnungen und Kassenaufgaben bei der Durchführung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG – Kassenvorschriften)	657
7861	9. 5. 1984	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur Energieeinsparung und Energie sicherung in der Landwirtschaft	658

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
9. 5. 1984	Bek. – Ungültigkeit eines Dienstausweises	659
11. 5. 1984	Bek. – Ungültigkeit eines Dienstausweises	659
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
8. 5. 1984	Mitt. – Aufstellung über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. 4. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 4. 1984	660
	Minister für Wissenschaft und Forschung	
9. 5. 1984	Bek. – Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mit beschränkter Haftung, Bonn (GMD)	669
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 22 v. 7. 6. 1984	669
	Nr. 23 v. 8. 6. 1984	670

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe**

Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 5. 1984 – IV B 2 – 6113/B

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469), i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 1981 (GV. NW. S. 176), – SGV. NW. 216 – öffentlich anerkannt:

Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes
e. V., Sitz Bonn
(am 10. 5. 1984)

– MBl. NW. 1984 S. 656.

Ausländerwesen

**Amtliche Bescheinigung und Vermerk im AZR gemäß § 2
des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen
humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge**

RdErl. d. Innenministers v. 8. 5. 1984 – I C 4/43.345

Mein RdErl. v. 19. 8. 1980 (SMBL. NW. 26) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

Ausländerwesen
Ausführungsanweisung zum Gesetz über
Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfs-
aktionen aufgenommene Flüchtlinge
– Kontingentflüchtlingsgesetz/AA NW –

2. Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 angefügt:

6. Die Kontingentflüchtlinge werden nach dem für die Verteilung von Asylbewerbern maßgeblichen Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Die Aufnahmemequote Nordrhein-Westfalens beträgt 28 Prozent. Damit im Ergebnis die Aufnahmemequote Nordrhein-Westfalens nicht überschritten wird, kann eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Indochina außerhalb der Hilfsmaßnahmen im Wege der Einzelzustimmung nicht in Betracht kommen. Anträge auf Übernahme in das Bundesgebiet sind mir unmittelbar vorzulegen. Dies gilt auch für Übernahmeanträge, die unter Berufung auf eine im Bundesgebiet bestehende Familienbindung gestellt worden sind und denen nach den Richtlinien über den Nachzug von Familienangehörigen entsprochen werden könnte. Die Anträge werden von mir dem Auswärtigen Amt zugeleitet mit der Bitte um Prüfung, ob die betreffenden Personen in die Hilfsmaßnahme einzubezogen werden können.

3. Der RdErl. v. 28. 1. 1976, S. 110 der Sammlung nicht veröffentlichter Erlasse in Ausländerachen, RdErl. d. Innenministers v. 5. 12. 1980 (n. v.) – I C 4/43.104 – (SMBL. NW. 26) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1984 S. 656.

Ausländerwesen

**Ausführungsanweisung zum Asylverfahrensgesetz
– AsylVfG/AA NW –**

RdErl. d. Innenministers v. 8. 5. 1984 – I C 4/43.70

Zu § 8

Meldung an das Bundesamt

1. Ausländer, die die Anerkennung als Asylberechtigte beantragen, sind dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit den erforderlichen Unterlagen (Anhörungsniederschrift, Ergänzungsbogen ggf. Asylantrag, Paßablichtung, ggf. Ablichtung des Vollmacht des Rechtsvertreters, Zehnfingerabdruckblatt) zu melden.

Die „Meldung als Asylbegehrender gemäß § 8 AsylVfG“ ist zusammen mit den Seiten 1 und 2 der Niederschrift zum Asylbegehr und dem Asylantrag sowie hierzu bereits vorhandenen Unterlagen dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf unmittelbar nach Antragstellung zu übersenden. Gleichzeitig ist eine Ablichtung des Passes oder Paßersatzes des Asylbewerbers beizufügen; dies gilt auch dann, wenn der Paß oder Paßersatz gefälscht ist. Bei der Niederschrift zum Asylbegehr sind folgende Angaben unverzichtbar:

Personalien,
Staatsangehörigkeit,
Reisedokument,
Sichtvermerk/Durchreisesichtvermerk
mit Angabe der Zeit und des Ortes der Ausstellung sowie Zeitpunkt der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland.

2. Die Ausländerbehörden erhalten vom Bundesamt nach Eingang der in Nummer 1 genannten Unterlagen einen Zwischenbescheid mit dem Aktenzeichen des jeweiligen Asylverfahrens. Bei jeder weiteren Korrespondenz mit dem Bundesamt ist dieses Aktenzeichen unbedingt anzugeben. Deshalb sollen erst nach Erhalt des Zwischenbescheides dem Bundesamt ergänzend
 - das Zehnfingerabdruckblatt
 - ggf. zum Asylbegehr nachgereichte Unterlagen
 - ggf. Angaben des Ausländer zu seinem Asylantrag gegenüber der Ausländerbehörde zugeleitet werden.

3. Das Bundesamt ist über jede Änderung des Aufenthaltes eines Asylbewerbers sofort zu unterrichten. Mitzuteilen sind

- a) Zuzug, Umzug innerhalb einer Gemeinde, Wegzug bzw. Weiterleitung in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Behörde,
- b) Abmeldung nach unbekannt,
- c) Ausreise bzw. Abmeldung ins Ausland,
- d) Abschiebung.

Zu § 13

Erkennungsdienstliche Maßnahmen

1. Die Entscheidung über den Asylantrag setzt eine Aufklärung des Sachverhaltes durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge voraus. Zur Aufklärung des Sachverhalts gehört insbesondere auch die Frage, ob es sich bei dem Antragsteller um die Person handelt, für die er sich ausgibt, ob bei Anträgen mit gleichlautenden Personalien Personenidentität besteht und ob sich der Antragsteller bereits unter anderem Personalien im Bundesgebiet aufgehalten und ggf. unter diesen Personalien bereits ein Asylverfahren betrieben hat.

Nach den Feststellungen des Bundesamtes werden Asylanträge in nicht unerheblicher Zahl unter verschiedenen Personalien gestellt. Diese Doppelanträge werden nicht nur von Ausländern gestellt, die keinen oder einen offensichtlich verfälschten Paß vorweisen.

sondern in gleicher Weise auch von solchen Ausländern, die einen echten Paß besitzen, da die Rechtsordnung verschiedener Staaten Namensänderungen ohne besondere Formalitäten oder Schwierigkeiten zuläßt und damit den legalen Besitz eines Passes mit anderen Personalien ermöglicht. Dieser Personenkreis kann im wesentlichen nur durch Vergleich der Fingerabdrücke festgestellt werden.

Bei der gegebenen Sachlage halte ich es für erforderlich, wie bisher bei allen Asylbewerbern – ausgenommen die in Nr. 3 genannten Personengruppen – erkennungsdienstliche Maßnahmen durchzuführen.

Ersuchen um Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen sind an die zuständige Kreispolizeibehörde zu richten (Nr. 3.19/1 AuslVwV/AA NW).

2. Rechtsgrundlage für erkennungsdienstliche Maßnahmen ist § 13 Abs. 1 AsylVfG. Nach dieser Bestimmung ist die Identität des Asylbewerbers durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern, wenn sie nicht eindeutig bekannt ist. Diese Maßnahmen sind auch gegen den Willen des Ausländers zulässig.
3. Bei folgenden Gruppen von Asylbewerbern ist von erkennungsdienstlichen Maßnahmen für Zwecke des Asylverfahrens abzusehen:

- Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der EG
 - Ehegatten von Deutschen
 - Kinder unter 16 Jahren
 - Inhaber einer gültigen Aufenthaltsberechtigung
 - Inhaber einer gültigen unbefristeten Aufenthaltserlaubnis
 - Personen, die sich unmittelbar vor der Asylantragstellung ununterbrochen mindestens 1 Jahr erlaubt im Bundesgebiet aufgehalten haben
 - Ehefrauen von Asylberechtigten oder Asylbewerbern
 - Personen, die von der Bundesrepublik Deutschland aus humanitären Gründen im Rahmen besonderer Aufnahmeaktionen aufgenommen worden sind.
4. Die erkennungsdienstliche Behandlung besteht aus der Aufnahme der Fingerabdrücke auf das Zehnfingerabdruckblatt (Vordruck NW Pol KP 1a/b) unter Ausfüllung dieses Vordrucks (einfach) sowie der Anfertigung eines dreiteiligen Lichtbildes.
 5. Wegen der Aufbewahrungszeiträume für die bei der Identitätsfeststellung gewonnenen Unterlagen wird auf § 13 Abs. 2 AsylVfG verwiesen.
 6. Das Zehnfingerabdruckblatt ist von der Ausländerbehörde nicht dem Bundeskriminalamt, sondern dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zuzuleiten. Von der Übermittlung von Lichtbildern an das Bundesamt ist abzusehen.
 7. Die erkennungsdienstliche Behandlung aus polizeilichen Gründen (§ 10 PolG NW § 81b StPO) bleibt von dieser Regelung unberührt.

Zu § 20

Ausschluß der Erwerbstätigkeit durch ausländerrechtliche Auflage

1. Für Asylbewerber gilt nach § 1 Abs. 2 Nummer 3 der Arbeitserlaubnisverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 1980 (BGBl. I S. 1754), geändert durch Verordnung vom 24. September 1981 (BGBl. I S. 1042), eine allgemeine Wartefrist, bevor das Arbeitsamt ihnen eine Arbeitserlaubnis ausstellen kann.

Die Wartefrist beträgt generell zwei Jahre seit der Stellung des Asylantrages. Steht von vornherein fest, daß ein Asylbewerber auch im Falle der Ablehnung des Antrages auf Anerkennung als Asylberechtigter nicht ausgewiesen oder abgeschoben wird (Ostblock, Afghanistan), kann er eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn er sich ein Jahr im Geltungsbereich dieser Verordnung aufzuhalten hat.

Die Wartezeit gilt nach der Arbeitserlaubnisverordnung für eine erstmalige Beschäftigung. Wird ein Asylantrag nach Ablauf der Wartefrist zurückgenommen oder rechtskräftig abgelehnt und stellt der Ausländer dann einen weiteren Asylantrag (Folgeantrag), greift die Wartezeitregelung des § 1 Abs. 2 Nummer 3 Arbeitserlaubnisverordnung nicht mehr ein.

2. Ich bitte, ausländerrechtlich in Einklang mit der arbeitsrechtlichen Regelung der Arbeitserlaubnisverordnung zu verfahren. Asylbewerber erhalten daher nur während der allgemeinen Wartezeit die Auflage „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“, nicht aber auch im Falle eines Folgeantrages nach Ablauf der allgemeinen Wartezeit. Nach Ablauf der Wartezeit ist vielmehr zu vermerken: „Arbeitsaufnahme nur mit gültiger Arbeitserlaubnis gestattet.“

Aufgehoben werden

- a) die RdErl. v. 18. 11. 1980 und v. 22. 1. 1982 (SMBL. NW. 26),
- b) die RdErl. v. 23. 1. 1987 – S. 36, 10. 6. 1987 – S. 40, 16. 8. 1987 – S. 42, 25. 4. 1989 – S. 73 und v. 23. 5. 1980 – S. 143 – der Sammlung nicht veröffentlichter Erlasse in Ausländergesetzen, RdErl. d. Innenministers v. 5. 12. 1980 (n. v.) – I C 4/43.104 – (SMBL. NW. 26).

– MBL. NW. 1984 S. 656.

632

Zahlungsanordnungen und Kassenaufgaben bei der Durchführung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG – Kassenvorschriften)

Gem. RdErl. d. Finanzministers – I D 3 – 0079 – 2-113 – u. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung – IV C 1. 6333 – 303/84 v. 9. 5. 1984

Im Einvernehmen mit dem Innenminister wird der Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 8. 12. 1982 (SMBL. NW. 632) wie folgt geändert:

1. In Nr. 2 wird folgender Satz 1 angefügt:
„Den Gemeinden und Kreisen wird die Bewirtschaftung der Einnahmetitel 111 21 und 111 22 bei Kapitel 11 050 des Landshaushaltspans übertragen.“
Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden Sätze 2 und 3.
2. Nr. 3.1 erhält folgende Fassung:
Die Kreise und kreisfreien Städte buchen die Ausgleichszahlungen sogleich bei ihren Kassen als Einnahmen in den Landshaushaltspans. Ausgleichszahlungen für Wohnungen im Sinne der Nr. 1.1 und Nr. 1.2 sind – vorbehaltlich der Ausnahme im folgenden Satz – bei Kapitel 11 050 Titel 111 21 des Landshaushaltspans zu buchen. Abweichend hiervon sind Ausgleichszahlungen für Wohnungen im Sinne der Nr. 1.1, die ausschließlich mit öffentlichen Mitteln einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes gefördert sind, bei Kapitel 11 050 Titel 111 22 des Landshaushaltspans nachzuweisen, wenn die Gemeinde oder der Kreis die Zuweisung dieses Aufkommens wünscht (vgl. Nr. 5.1).
3. In Nr. 3.2 wird die Titelbezeichnung „111 20“ durch „11121 bzw. 111 22“ ersetzt.
4. In Nr. 4.1 erhält Satz 2 folgende Fassung:
„Sie sind bei Kapitel 11 050 Titel 111 21 bzw. Titel 111 22 des Landshaushaltspans zu verausgaben, so weit das jeweilige Aufkommen an Ausgleichszahlungen hierfür ausreicht.“
5. In Nr. 4.2 wird die Titelbezeichnung „111 20“ durch „11121 bzw. 111 22“ ersetzt.
6. In Nr. 4.4 Satz 1 wird nach dem Wort „Betrages“ das Wort „unverzüglich“ eingefügt. In Satz 2 wird die Titelbezeichnung „111 20“ durch „111 21“ ersetzt.

7. Nach Nr. 4.4 wird folgende Nr. 4.5 eingefügt:
Soweit das bis zum 10. Dezember eines jeden Jahres erzielte Aufkommen aus der Fehlbelegerabgabe bei den ausschließlich mit Gemeinde- oder Gemeindeverbandsmitteln geförderten Wohnungen bei den Gemeinden und Kreisen zur Deckung des hierfür zustehenden Verwaltungskostenbeitrages nicht ausreicht, ist der Fehlbetrag zu Lasten der nach Nr. 3.1 oder 3.2 bei Kapitel 11 050 Titel 111 21 des Landeshaushaltsplans nachgewiesenen Ausgleichszahlungen zu verausgeben und im kommunalen Haushalt bei Gliederung 62, Gruppierung 161, zu vereinnahmen.
8. Die bisherige Nr. 4.5 wird Nr. 4.6. In Satz 1 werden nach dem Wort „unmittelbar“ die Wörter „und unverzüglich“ eingefügt; ferner wird die Titelbezeichnung „111 20“ durch „111 21“ ersetzt.
9. Nach Nr. 4.6 werden folgende Nummern eingefügt:
 5. Die Bewirtschaftung der Ausgaben für die Zuweisung des Aufkommens aus der Fehlbelegerabgabe bei Kapitel 11 050 Titel 883 60 des Landeshaushaltsplans wird den Kreisen und Gemeinden übertragen. Für die Zahlung und Buchung der Zuweisung gilt folgendes:
 - 5.1 Die Zuweisung steht den Gemeinden und Kreisen in Höhe des Aufkommens bei Kapitel 11 050 Titel 111 22 zu.
 - 5.2 Die Kreise und kreisfreien Städte verausgaben das ihnen zustehende Aufkommen aus der Fehlbelegerabgabe bei Kapitel 11 050 Titel 883 60 und vereinnahmen es im gemeindlichen Haushalt bei Gliederung 62, Gruppierung 161.
 - 5.3 Die Großen und Mittleren kreisangehörigen Städte verausgaben das ihnen zustehende Aufkommen aus der Fehlbelegerabgabe zu Lasten der nach Nr. 3.2 im Verwahrbuch nachgewiesenen Ausgleichszahlungen und vereinnahmen es im gemeindlichen Haushalt bei Gliederung 62, Gruppierung 181. Sie erteilen den Kreiskassen zur Einnahmebuchung bei Kapitel 11 050 Titel 111 22 sowie zur Ausgabenbuchung bei Kapitel 11 050 Titel 883 60 Kassenanordnungen über die Beträge, die ihnen aus dem Aufkommen aus der Fehlbelegerabgabe nach Abzug der Verwaltungskostenbeiträge zustehen.
10. Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6.

- MBl. NW. 1984 S. 657.

7861

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur Energieeinsparung und Energiesicherung in der Landwirtschaft

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 9. 5. 1984 - II A 3 - 2114/02.1 - 4078

Mein RdErl. v. 16. 5. 1983 (SMBI. NW. 7861) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Nummer 4.1 erhält folgende Fassung:
 - 4.1 Förderungsmittel dürfen nur insoweit gewährt werden, als
 - der angestrebte agrarstrukturelle und betriebswirtschaftliche Erfolg ohne Inanspruchnahme dieser Mittel nicht erzielt werden kann,
 - andere öffentliche Finanzierungshilfen nicht in Anspruch genommen werden können und
 - der Antragsteller eigene und seines von ihm nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten Vermögenswerte sowie sonstige Eigenleistungen im Rahmen des Zumutbaren in das Verfahren einbringt.

Förderungsmittel dürfen nicht gewährt werden, wenn der Antragsteller oder sein von ihm nicht

dauernd getrennt lebender Ehegatte erhebliche außerlandwirtschaftliche Einkünfte erzielt oder erhebliche Vermögenswerte besitzt, die nicht zum landwirtschaftlichen Betrieb gehören, oder wenn erhebliche Erlöse aus der Veräußerung von bebauten oder unbebauten Grundstücken des Antragstellers oder seines Ehegatten erzielt worden sind, erzielt werden oder erzielt werden könnten, die Einkünfte, die Vermögenswerte oder die Erlöse für das Vorhaben eingesetzt werden könnten und die Verwertung zumutbar ist.

2. In Nummer 4.3 wird folgender Absatz eingefügt:
Es werden nur Betriebe und Betriebsteile gefördert, so weit die daraus erzielten Einkünfte nach § 13 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Januar 1984 (BGBl. I S. 113) der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet werden. Betriebszweige, die im Sinne der Steuergesetze als gewerbliche oder nichtgewerbliche Nebenbetriebe gelten, sind von der Förderung ausgeschlossen.
3. In Nummer 6 Abs. 1 wird die Zahl „10“ durch die Zahl „12“ ersetzt.
Absatz 2 erhält folgende Fassung:
Technische Einrichtungen, Maschinen und Geräte sind für den geförderten Zweck 5 Jahre zu nutzen. Die Frist beginnt mit der Lieferung.
4. In der Anlage 1 erhält die Nummer 6.6 folgende Fassung:
6.8 er und sein von ihm nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte/sie
 - über außerlandwirtschaftliche Einkünfte (im Vorjahr) in Höhe von DM verfügen,
 - über außerlandwirtschaftliche Vermögenswerte (Stichtag: 31. 12. des Vorjahres) in Höhe von DM verfügen,
 - Erlöse aus Verkäufen von bebauten oder unbebauten Grundstücken (in den letzten fünf Jahren) in Höhe von DM erzielt haben,
 - Erlöse aus der Veräußerung von bebauten oder unbebauten Grundstücken bis zur Auszahlung des Zuschusses nicht erwarten,

5. In der Anlage 1 wird die bisherige Nummer 6.6 Nummer 6.7 und am Ende wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
6. In der Anlage 1 wird folgende Nummer 6.8 eingefügt:
6.8 bekannt ist, daß die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 21. Dezember 1976 (GV. NW. S. 438/SGV. NW. 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschußgewährung dient und daß eine Brücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind.

7. In der Anlage 1 wird auf Seite 3 unten folgendes angefügt:

Erklärung des Ehegatten

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben über meine Einkünfte und mein Vermögen und bin mit der Verwendung dieser Angaben im Rahmen des Antragsverfahrens einverstanden.

..... (Ort, Datum)

..... (Unterschrift des Ehegatten)

8. In der Anlage 2 wird in Nummer 2 die Zahl „10“ durch die Zahl „12“ ersetzt.

Dieser Runderlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

- MBl. NW. 1984 S. 658.

II.

Innenminister

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 9. 5. 1984
– II B – BD – 011 – 1.4 –

Der Dienstausweis Nr. 915 des Regierungsangestellten Willy Schmeink, wohnhaft in Düsseldorf, Erich-Klausener-Str. 66, ausgestellt am 10. 1. 69 vom Innenminister des Landes NW, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Innenminister des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

– MBl. NW. 1984 S. 659.

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 11. 5. 1984
– II B – BD – 011 – 1.4

Der Dienstausweis Nr. 1524 der Regierungsangestellten Gisela Colmsee, wohnhaft in Düsseldorf, Schimmelbuschstraße 52, ausgestellt am 26. 9. 1974 vom Innenminister des Landes NW, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Innenminister des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

– MBl. NW. 1984 S. 659.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Aufstellung
über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
seit dem 1. 4. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 4. 1984**

Mitt. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 8. 5. 1984 – LS 7222

Lfd. Nr.: Bezeichnung der Vereinbarung	Tar.- Reg.-Nr.: in Kraft gesetzt
---	---

Gewerbegruppe III (Bergbau)

56104 Vergütungstarifvertrag der Fa. Steag Entsorgungs GmbH 10324 20 84
vom 28.3.1984 – kündbar zum 28.2.1985 01.03.1984
(abgeschlossen mit IGBE)

Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)

56105 Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Ziegelindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 31.1.1985 00231 25 84
01.02.1984
(abgeschlossen mit BSE/CPK)

56106 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Ziegelindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 31.1.1985 00231 26 84
01.02.1984
(abgeschlossen mit BSE/CPK)

56107 Lohntarifvertrag der Fa. Hugo Wagner & Sohn, Glasveredelung, 4030 Ratingen 5 vom 16.3.1984 – kündbar zum 01.03.1984
31.1.1985 10193 21 84
(abgeschlossen mit CPK)

Gewerbegruppe V - X (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie)

56108 Lohntarifvertrag der Wärme-, Lüftungs-, Klima- und Gesundheitsindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 01.03.1984
28.2.1985 00023 21 84
(abgeschlossen mit IGM)

56109 Gehaltstarifvertrag der Wärme-, Lüftungs-, Klima- und Gesundheitsindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 01.03.1984
28.2.1985 00023 22 84
(abgeschlossen mit IGM)

56110 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Wärme-, Lüftungs-, Klima- und Gesundheitsindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 01.03.1984
28.2.1985 00023 23 84
(abgeschlossen mit IGM)

56111 Tarifvertrag Reise- und Aufwandsentschädigung der Wärme-, Lüftungs-, Klima- und Gesundheitsindustrie NRW vom 20.3.1984 – kündbar zum 28.2.1985 00023 91 84
01.03.1984
(abgeschlossen mit IGM)

- 56112 Protokollnotiz zu § 7 III Ziffer 2a MTV der Elektrotechnischen Handwerke NRW vom 8.3.1984 (abgeschlossen mit IGM) 00035 07 84
- 56113 Lohntarifvertrag der Elektrotechnischen Handwerke NRW vom 8.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit IGM) 00035 21 84
01.03.1984
- 56114 Gehaltstarifvertrag der Elektrotechnischen Handwerke NRW vom 8.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit IGM) 00035 22 84
01.03.1984
- 56115 Tarifvertrag Urlaub 1984 der Elektrotechnischen Handwerke NRW vom 8.3.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit IGM) 00035 30 84
01.01.1984
- 56116 Tarifvertrag der Elektrotechnischen Handwerke NRW vom 8.3.1984 - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit IGM) 00035 60 84
01.01.1984
- 56117 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Graveure, Galvaniseure und Gürtnler vom 15.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit IGM) 00038 23 84
01.03.1984
- 56118 Lohn-/Gehaltstarifvertrag der Graveure, Galvaniseure und Gürtnler vom 15.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 (abgeschlossen mit IGM) 00038 24 84
01.03.1984
- 56119 Tarifvertrag der Fa. Wolf Metallbau GmbH, 4190 Kleve 1 vom 29.2.1984 - kündbar zum 31.12.1987 (abgeschlossen mit CPK) 10319 00 84
01.08.1984
- 56120 Protokollnotiz zu § 13 II MTV der Fa. Wolf Metallbau GmbH, 4190 Kleve 1 vom 29.2.1984 (abgeschlossen mit CPK) 10319 07 84
- 56121 Rahmentarifvertrag der Fa. Wolf Metallbau GmbH, 4190 Kleve vom 29.2.1984 (abgeschlossen mit CPK) 10319 10 84
01.08.1984
- 56122 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fa. Wolf Metallbau GmbH, 4190 Kleve 1 vom 29.2.1984 - kündbar zum 31.7.1985 (abgeschlossen mit CPK) 10319 20 84
01.08.1984
- 56123 Protokollnotiz - Leistungslohn der Fa. Wolf Metallbau GmbH, 4190 Kleve 1 vom 29.2.1984 (abgeschlossen mit CPK) 10319 27 84

Gewerbegruppe XIII (Papierindustrie)

- 56124 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Papier, Pappe und Kunststoffverarbeitenden Industrie von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung vom 12.3.1984 - kündbar zum 30.2.1985 (abgeschlossen mit DruPa/DAG) 00209 26 84
01.03.1984

- 56125 Manteltarifvertrag gewerbliche Arbeitnehmer der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie BRD vom 9.12.1982 - kündbar zum 31.12.1987
(abgeschlossen mit DruPa) 00213 01 83
01.01.1983
- 56126 Lohntarifvertrag der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie Nordrhein vom 12.3.1984 - kündbar zum 31.1.1985
(abgeschlossen mit DruPa) 00213 21 84
01.02.1984
- 56127 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie Nordrhein vom 12.3.1984 - kündbar zum 31.1.1985
(abgeschlossen mit DruPa/DAG) 00213 26 84
01.02.1984

Gewerbegruppe XV (Leder- und Linoleumindustrie)

- 56128 Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Industrielerzeugnisse vom 16.2.1984 - kündbar zum 31.1.1985 00281 25 84
(abgeschlossen mit GL) 01.02.1984

Gewerbegruppe XVII (Holzgewerbe)

- 56129 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Modellbauerhandwerks NRW vom 19.3.1984 - kündbar zum 31.3.1985 00095 20 84
(abgeschlossen mit GHK) 01.04.1984
- 56130 Lohntarifvertrag der Kunststoffverarbeitenden Industrie Lippe vom 9.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00223 21 84
(abgeschlossen mit GHK) 01.03.1984
- 56131 Lohntarifvertrag der Fa. Theodor Müller GmbH, 4930 Detmold vom 14.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 10239 21 84
(abgeschlossen mit GHK) 01.03.1984

Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)

- 56132 Tarifvertrag - Zusatzversorgungskasse der Brot- und Backwarenindustrie vom 20.12.1983 00160 77 84
(abgeschlossen mit NGG) 01.01.1984
- 56133 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fleischwarenindustrie Westfalen vom 29.3.1984 - kündbar zum 31.3.1985 00176 20 84
(abgeschlossen mit NGG) 01.04.1984
- 56134 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Milch-, Käse- und Schmelzkäseindustrie NRW vom 27.2.1984 - kündbar zum 31.12.1984 00181 26 84
(abgeschlossen mit NGG) 01.01.1984
- 56135 Lohntarifvertrag der Zigarrenindustrie BRD vom 23.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00187 21 84
(abgeschlossen mit NGG) 01.03.1984
- 56136 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Zigarrenindustrie BRD vom 22.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00187 26 84
(abgeschlossen mit NGG) 01.03.1984

- 56137 Gehaltstarifvertrag Werkmeister der Zigarrenindustrie 00188 22 84
BRD vom 23.2.1984 - kündbar zum 28.2.1985 01.03.1984
(abgeschlossen mit NGG)
- 56138 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Spi- 00190 20 84
rituosenindustrie und Kornbrennereien vom 22.3.1984 01.05.1984
- kündbar zum 31.3.1985
(abgeschlossen mit NGG)
- 56139 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Spirituosen 00190 26 83
Industrie und Kornbrennereien NRW vom 12.4.1983 01.04.1983
- kündbar zum 31.3.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 56140 Lohntarifvertrag der Fa. Brökelmann & Co., Olmühlen- 10106 21 84
u. Silobetriebe, 4700 Hamm vom 9.4.1984 - kündbar zum 01.04.1984
31.3.1985
(abgeschlossen mit NGG)
- 56141 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fa. Brökel- 10106 26 84
mann & Co., Olmühlen- u. Silobetriebe, 4700 Hamm vom 01.04.1984
9.4.1984 - kündbar zum 31.3.1985
(abgeschlossen mit NGG)
- 56142 Lohntarifvertrag der Fa. Tschar-Le-Grü, 10197 21 84
4905 Hiddenhausen vom 4.4.1984 - kündbar zum 01.04.1984
31.3.1985
(abgeschlossen mit NGG)
- 56143 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Fa. 10306 20 84
Waltner GmbH, 5000 Köln vom 4.4.1984 - kündbar zum 01.04.1984
31.3.1985
(abgeschlossen mit NGG)
- 56144 Änderungstarifvertrag zum TV Zuordnung Verkaufsbe- 10327 90 84
zirke gm. § 3 Abs. 2 BetrVerfG der Union Deutsche Le- 02.03.1984
bensmittelwerke GmbH vom 19.12.1983
(abgeschlossen mit NGG/HBV/DAG)
- 56145 Tarifvertrag - Zuordnung Verkaufsbezirke der Union 10327 91 83
Deutsche Lebensmittelwerke GmbH, 2000 Hamburg vom
7.7.1983
(abgeschlossen mit NGG)

Gewerbegruppe XX (Bekleidungsindustrie)

- 56146 Tarifvertrag zur Sicherung älterer Arbeitnehmer des 00055 90 84
Bekleidungsgewerbes BRD vom 21.1.1984 - kündbar zum 01.05.1984
30.4.1985
(abgeschlossen mit GTB)
- 56147 Gehaltstarifvertrag der Schuhindustrie vom 27.1.1984 00070 22 84
- kündbar zum 31.12.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit GL)
- 56148 Gehaltstarifvertrag der Schuhindustrie vom 2.2.1984 00070 22 84.001
- kündbar zum 31.12.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 56149 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Schuhindustrie vom 00070 23 84.001
2.2.1984 - kündbar zum 31.12.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit DAG)

56150	<u>Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> kaufmännische Lehrlinge und Anlernlinge der Schuhindustrie vom 27.1.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit GL)	00070 24 84 01.01.1984
56151	<u>Tarifvertrag</u> Urlaub - Angestellte der Schuhindustrie vom 27.1.1984 (abgeschlossen mit GL)	00070 32 84 01.01.1984
56152	<u>Tarifvertrag</u> Urlaub 1984/85 der Schuhindustrie vom 2.2.1984 (abgeschlossen mit DAG)	00070 32 84.001
56153	<u>Tarifvertrag</u> Jahressonderzahlung der Schuhindustrie NRW vom 9.3.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit GL)	00070 52 84 01.01.1984
56154	<u>Tarifvertrag</u> vermögenswirksame Leistungen vom 2.2.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit DAG)	00070 66 84.001 01.01.1984
56155	<u>Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> des Schuhmacherhandwerks NRW vom 19.3.1984 - kündbar zum 31.3.1985 (abgeschlossen mit GL)	00071 25 84 01.04.1984
56156	<u>Tarifvertrag</u> - Urlaub des Schuhmacherhandwerks NRW vom 19.3.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit GL)	00071 35 84 01.01.1984

Gewerbegruppe XXIII (Reinigungsgewerbe)

56157	<u>Lohntarifvertrag</u> des Friseurhandwerks NRW vom 13.7.1983 - kündbar zum 31.7.1984 (abgeschlossen mit ÖTV)	00005 21 83 01.08.1983
56158	<u>Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> des Friseurhandwerks NRW vom 13.7.1983 - kündbar zum 31.7.1984 (abgeschlossen mit ÖTV)	00005 23 83 01.08.1983

Gewerbegruppe XXVI (Handelshilfsgewerbe)

56159	<u>Tarifvertrag</u> gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 3 BetrVG der Fa. NUR Touristic GmbH, 6000 Frankfurt vom 13.1.1984 - kündbar zum 28.2.1987 (abgeschlossen mit HBV)	10323 90 84 01.03.1984
-------	---	---------------------------

Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)

56160	<u>Ergänzungstarifvertrag</u> Nr. 30 zum EKT der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) vom 30.3.1984 (abgeschlossen mit HBV)	80440 00 30 01.01.1984
56161	<u>Ergänzungstarifvertrag</u> Nr. 30 zum EKT der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) vom 30.3.1984 (abgeschlossen mit DAG)	80440 00 30.001 01.01.1984
56162	<u>Ergänzungstarifvertrag</u> Nr. 31 zum EKT der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) vom 30.3.1984 (abgeschlossen mit DAG)	80440 00 31 01.04.1984

- 56163 Ergänzungstarifvertrag Nr. 52 zum EKT der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse vom 6.4.1984 (abgeschlossen mit HBV) 80440 00 52
- 56164 Ergänzungstarifvertrag Nr. 52 zum EKT der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse vom 6.4.1984 (abgeschlossen mit DAG) 80440 00 52.001
- 56165 Ergänzungstarifvertrag Nr. 53 zum EKT der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse vom 6.4.1984 (abgeschlossen mit DAG) 80440 00 53
- 56166 Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT Anl. 5 der Deutschen Angestellten Krankenkasse vom 24.2.1984 (abgeschlossen mit HBV) 80445 00 04 01.01.1984
- 56167 Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT Anl. 5 der Deutschen Angestellten Krankenkasse vom 24.2.1984 (abgeschlossen mit DAG) 80445 00 04.001 01.01.1984
- 56168 Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT Anl. 5 der Deutschen Angestellten Krankenkasse vom 24.2.1984 (abgeschlossen mit VwA) 80445 00 04.002 01.01.1984
- 56169 Ergänzungstarifvertrag Nr. 4n zum EKT Anlage 5 der Deutschen Angestellten-Krankenkasse vom 24.2.1984 (abgeschlossen mit DHV) 80445 00 04.003 01.01.1984
- 56170 Tarifvertrag zur Übernahme des BAT (BAT/BKK) des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen vom 6.7.1983 - kündbar zum 30.9.1986 (abgeschlossen mit ÖTV) 80460 00 01 01.10.1983

Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)

- 56171 Bundesmanteltarifvertrag Fernverkehr des Güter- und Möbelfernverkehrsgewerbes vom 23.1.1984 - kündbar zum 31.12.1987 (abgeschlossen mit ÖTV) 00015 07 84

Gewerbegruppe XXIX (Hotel- und Gaststättengewerbe)

- 56172 Manteltarifvertrag der Werkküchen, Großküchen, Kabinen und Kasinos vom 7.10.1983 - kündbar zum 30.6.1985 (abgeschlossen mit NGG) 00018 00 83 01.07.1983
- 56173 Ergänzungsvereinbarung zum MTV der DSG Deutsche Schlaf- und Speisewagen GmbH vom 1.3.1984 (abgeschlossen mit NGG) 10139 07 84 01.04.1984
- 56174 Lohntarifvertrag der Markt- und Kühlhallen AG, 2000 Hamburg vom 22.2.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit NGG) 10230 21 84 01.01.1984
- 56175 Gehaltstarifvertrag der Markt- und Kühlhallen AG, 2000 Hamburg vom 22.2.1984 - kündbar zum 31.12.1984 (abgeschlossen mit NGG) 10230 22 84 01.01.1984

- 56176 Lohntarifvertrag der Gesellschaft für Jugendheime mbH, 4000 Düsseldorf vom 14.12.1983 - kündbar zum 31.12.1984
(abgeschlossen mit NGG) 10329 21 84
01.01.1984
- 56177 Gehaltstarifvertrag der Gesellschaft für Jugendheime mbH, 4000 Düsseldorf vom 14.12.1983 - kündbar zum 31.12.1984
(abgeschlossen mit NGG) 10329 22 84
01.01.1984

Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)

- 56178 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum MTAng-Fest der Friedrich-Ebert-Stiftung, 5300 Bonn 2 vom 15.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10007 07 82
01.07.1982
- 56179 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum MTArb-Fest der Friedrich-Ebert-Stiftung, 5300 Bonn 2 vom 15.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10007 08 82
01.07.1982
- 56180 Tarifvertrag Honorare arbeitnehmer ähnlicher Personen der Deutschen Welle vom 5.8.1981 - kündbar zum 30.6.1982
(abgeschlossen mit RFFU/DJV) 10019 27 81
01.08.1981
- 56181 Gehaltstarifvertrag des Rechenzentrums nordrhein-westfälischer Apotheken GmbH, Haan vom 18.4.1984 - kündbar zum 31.3.1985
(abgeschlossen mit HBV) 10257 22 84
01.04.1984
- 56182 Manteltarifvertrag der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 02 84
01.03.1984
- 56183 Gehaltsrahmentarifvertrag (Vergütungsordnung Angestellte) der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 12 84
01.03.1984
- 56184 Vergütungstarifvertrag - Angestellte der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984 - kündbar zum 31.8.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 22 84
01.03.1984
- 56185 Tarifvertrag - Zulagen Angestellte der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 27 84
01.03.1984
- 56186 Tarifvertrag - Urlaubsgeld Angestellte der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 42 84
01.03.1984
- 56187 Tarifvertrag - Sonderzahlung Angestellte der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV) 10325 52 84
01.03.1984

- 56188 Tarifvertrag - vermögenswirksame Leistungen Ange- 10325 62 84
stellte der Fa. Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum 01.03.1984
mbH, 4630 Bochum vom 8.2.1984
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 56189 Manteltarifvertrag der Kölner Sportstätten GmbH, 10328 00 83
5000 Köln vom 14.11.1983 - kündbar zum 31.12.1984 01.01.1983
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 56190 50. Tarifvertrag zur Änderung des BAT der Bundesrepu- 80002 00 50
blik Deutschland vom 4.4.1984
(abgeschlossen mit HBV)
- 56191 51. Tarifvertrag zur Änderung des BAT der Bundesrepu- 80002 00 51
blik Deutschland vom 4.4.1984
(abgeschlossen mit HBV)
- 56192 Vergütungstarifvertrag Nr. 21 zum BAT der Bundesrepu- 80004 00 21.001
blik Deutschland vom 3.4.1984
(abgeschlossen mit GdP)
- 56193 Vergütungstarifvertrag Nr. 21 zum BAT der Bundesrepu- 80004 00 21.002
blik Deutschland vom 27.3.1984
(abgeschlossen mit GEW)
- 56194 Ausb.-Vergütungstarifvertrag Nr. 9 der Bundesrepublik 80006 00 09.001
Deutschland vom 3.4.1984
(abgeschlossen mit GdP)
- 56195 Ausb.-Vergütungstarifvertrag Nr. 9 der Bundesrepublik 80006 00 09.002
Deutschland vom 27.3.1984
(abgeschlossen mit GGLF)
- 56196 Änderungstarifvertrag Nr. 1 - Zulagen Angestellte der 80007 00 01.001
Bundesrepublik Deutschland vom 27.3.1984
(abgeschlossen mit GGLF)
- 56197 Änderungstarifvertrag Nr. 1 - Zulagen Angestellte der 80007 00 01.002
Bundesrepublik Deutschland vom 3.4.1984
(abgeschlossen mit GdP)
- 56198 Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum TV-Zulagen Angestell- 80007 00 01.003
te der Bundesrepublik Deutschland vom 27.3.1984
(abgeschlossen mit GEW)
- 56199 Änderungstarifvertrag Nr. 24 - Kraftfahrer der Deut- 80055 00 24
schen Bundesbank vom 31.1.1984 01.01.1983
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 56200 Änderungstarifvertrag Nr. 24 - Kraftfahrer der Deut- 80055 00 24.001
schen Bundesbank vom 31.1.1984 01.01.1983
(abgeschlossen mit GtV)
- 56201 Tarifvertrag der Kernforschungsanlage Jülich GmbH 80060 00 01
vom 12.12.1983 01.01.1984
(abgeschlossen mit ÖTV)
- 56202 Tarifvertrag - 1. Nachtrag des Landesverbandes Lippe 80230 00 04
(Staatsbad Salzuflen/Meinberg) vom 6.4.1984 01.02.1984
(abgeschlossen mit DAG)

- 56203 Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Urlaubstarifvertrag der Deutschen Bühnen vom 23.3.1984 80350 00 03
 (abgeschlossen mit Vereinigung deutscher Opernchöre und Bühnentänzer DAG/Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger)
- 56204 Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Chorgagentarifvertrag der Deutschen Bühnen vom 23.3.1984 80352 00 03 01.07.1984
 (abgeschlossen mit Vereinigung deutscher Opernchöre und Bühnentänzer DAG/Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger)
- 56205 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tanzgruppen-Gagentarifvertrag der Deutschen Bühnen vom 23.3.1984 80353 00 01 01.06.1984
 (abgeschlossen mit Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger)
- 56206 Vereinbarung über Rahmenbedingungen für den Abschluß von Tarifverträgen des Deutschen Roten Kreuzes vom 31.1.1984 - kündbar zum 31.12.1988 80510 00 02
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 56207 Tarifvertrag über ein Schlichtungsverfahren des Deutschen Roten Kreuzes vom 31.1.1984 - kündbar zum 31.12.1988 80510 00 03 01.01.1984
 (abgeschlossen mit ÖTV)

Gewerbegruppe XXXII (Sonstige)

- 56208 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Privathaushalte vom 29.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00222 23 84 01.04.1984
 (abgeschlossen mit NGG)
- 56209 Gehaltstarifvertrag der Gemischten Lippischen Industrie vom 9.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00390 22 84 01.03.1984
 (abgeschlossen mit GHK)
- 56210 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Gemischten Lippischen Industrie vom 9.3.1984 - kündbar zum 28.2.1985 00390 23 84 01.03.1984
 (abgeschlossen mit GHK)
- 56211 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der gemischten Industrie von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung vom 29.3.1984 - kündbar zum 31.3.1985 00392 26 84 01.04.1984
 (abgeschlossen mit DAG)

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

I, II, XI, XII, XIV, XVI, XVIII, XXI, XXII, XXIV, XXV, XXXI.

Minister für Wissenschaft und Forschung

**Zusammensetzung
des Aufsichtsrats der Gesellschaft für Mathematik
und Datenverarbeitung mit beschränkter Haftung,
Bonn (GMD)**

Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung
v. 9. 5. 1984 – IV A 5 – 9853

Hierdurch teile ich mit:

Der Vorstand der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH, Bonn (GMD) gibt gemäß § 29 des Gesellschaftsvertrages der GMD in der Fassung vom 15. 10. 1975 in Verbindung mit § 52 Abs. 2 GmbH-Gesetz bekannt:

Aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft sind ausgeschieden:

Herr Ministerialdirigent Wolfgang Beyer
Frau Dr. Gerda Thieler-Mevissen
Herr Dr. Hartmann Genrich.

Neu in den Aufsichtsrat der Gesellschaft sind berufen worden:

Herr Ministerialrat Dr. Dirk Henze
Herr Dr. Knut Bahr
Herr Wilfried Skupin.

Gesellschaft für Mathematik
und Datenverarbeitung mbH, Bonn

Prof. Dr. Szyperski

Kneser

– MBl. NW. 1984 S. 669.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 22 v. 7. 6. 1984

(Einzelpreis dieser Nummer 3,20 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum	Seite
29. 5. 1984	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1984 (Nachtragshaushaltsgesetz 1984)	286
	Wichtiger Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes und des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	298

– MBl. NW. 1984 S. 669.

Nr. 23 v. 8. 6. 1984

(Einzelpreis dieser Nummer 1,80 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
216 2023	25. 4. 1984	Verordnung über die Zulassung eines Jugendamtes bei der Stadt Bad Oeynhausen	300
223	2. 5. 1984	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife während des Studiums in integrierten Studiengängen	300
223	7. 5. 1984	Verordnung zur Änderung der Vierten Verordnung zur Ausführung des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen (4. AVOzSchOG)	300
223	10. 5. 1984	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG)	300
311	14. 5. 1984	Verordnung zur Änderung der Verordnungen über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene und in Jugendstrafsachen	301
45	8. 5. 1984	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen nach Artikel 293 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch	301
7123	5. 5. 1984	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen – Fachrichtungen Allgemeine Verwaltung des Landes und Kommunalverwaltung –	301
Wichtiger Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes und des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen			302

– MBl. NW. 1984 S. 670.

Einzelpreis dieser Nummer 3,80 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes) mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahrs nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0341-194 X